Soziales – Podiumsdiskussion mit den Bundestagskandidaten zum Thema »Kinderreiche Familien«

Kinderlärm ist Zukunftsmusik

REUTLINGEN. Pascal Kober hatte den Spruch des Tages kreiert: »Kinderlärm ist Zukunftsmusik«, sagte er am Dienstagnachmittag auf dem Podium im kleinen Saal der neuen Reutlinger Stadthalle. Was der FDP-Kandidat für die Bundestagswahl damit ausdrückte, hatte zuvor schon Michael Donth (CDU) betont: »Mehrkinderfamilien müssen wieder deutlich mehr Anerkennung erhalten.« Das allein ändert aber nichts an dem Problem, dass die Kinderschar in deutschen Landen immer weniger wird. Offensichtlich stimmt da nach den Worten von Dr. Jürgen Strohmaier als Moderator der Podiumsdiskussion doch einiges nicht, zumal das Armutsrisiko mit jedem einzelnen Kind mehr ansteige. Was also gedenken die Parteien zu tun?

Günter Herbig (Linke) betonte, dass nach dem Willen seiner Partei Kinder künftig mit dem Bus abgeholt würden und kostenlos Essen in Schule und Kindergarten erhielten. Beate Müller-Gemmeke (Grüne) hob hervor, dass eine »grüne Grundsicherung« für Kinder das jetzige Kindergeld ablösen sollte. Kober betonte hingegen, dass seine Partei in der Regierungsverantwortung »schon einiges getan hat«. Als Beispiele führte der FDP-Politiker an, die Betreuungsinfrastruktur deutlich verbessert zu haben und etwa eine bessere Sprachförderung für Kinder aus Migrationsfamilien in die Wege geleitet zu haben. Rebecca Hummel (SPD) wies auf einen anderen Aspekt bei der Kinderbetreuung hin: Immer noch sei in den allermeisten Fällen die Frau diejenige, die dann zuhause bleibe, ihren Beruf aufgebe und später – zumeist in Teilzeit – wieder einsteige. »Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass Frau und Mann erziehen können«, betonte sie. Gleichzeitig müsse laut Herbig die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen beendet werden, denn: Der geschlechterspezifische Lohnunterschied liege bei 23,5 Prozent. Zudem müsse die Erziehungsund Pflegezeit sich später deutlich in der Rente niederschlagen, forderte Hummel. »Männer beteiligen sich immer noch zu wenig an der Erziehungsarbeit und das ist skandalös«, lautete eine Meinung aus dem Fachpublikum. Donth sagte dazu: »Das wird aber nicht in den Parteiprogrammen geregelt.« Diese Problematik sei eher abhängig von der persönlichen Einstellung in Familien, aber genau da habe sich in den vergangenen Jahren einiges getan. Wogegen er sich als Römersteiner Bürgermeister wehre, sei die Behauptung, dass Familien im ländlichen Raum schlechter gestellt seien als in der Stadt.

Dennoch sei es laut Müller-Gemmeke notwendig, in Städten mehr Wohnungen für Großfamilien zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig müssten andere Arbeitszeitmodelle eingeführt werden wie auch »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Und die frauenspezifischen – und damit deutlich unterbezahlten – Jobs müssten auf gewertet und besser bezahlt werden.»Die Erkenntnis aus kinderreichen Familien lautet also, dass sie ein Prüfstein für die Familienpolitik der Parteien sind«, betonte Moderator Strohmaier. Nach einer Meinung aus dem Publikum, dass mehr für »bildungsferne Familien und ihre Kinder« getan werden müsse, meldete sich Günter Klinger als Geschäftsführer des Diakonieverbands zu Wort und sagte zu den Bundestagskandidaten: »Nehmen Sie mit, dass für kinderreiche Familien

Bildung ein Riesenthema ist, ebenso wie bezahlbarer Wohnraum und das Problem der Renten.« (GEA)